

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anklagen gegen tschechische Minister.

Ein Angriff der gesamten Opposition.

Prag, 22. Dezember. (W.B.) Die gesamte deutsche, slowakische und kommunistische Opposition in Stärke von 140 Mann hat im Abgeordnetenhaus einen Anklageantrag gegen den Ministerpräsidenten und den ehemaligen Eisenbahnminister wegen der im Verlaufe des Abbaufahrplans vorgekommenen Geschwindigkeitsverletzungen eingebracht.

Der Antrag richtet sich nicht nur gegen die an den deutschen Beamten, sondern auch gegen die an mährischen tschechischen Beamten begangenen Ungerechtigkeiten. Im Abgeordnetenhaus kam es bei Verlesung des Anklageantrags zu Sturmjahren.

Die Reumahnungen in der Tschechoslowakei und die Vorgänge, die sich seitdem im Prager Parlament abspielen, lassen stark daran zweifeln, ob durch die Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik und damit des bisherigen Regimes dem Staat auf die Dauer gedient sein wird. Wohl lassen sich für diese Politik, so schmerzhaft sie auch von den Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen empfunden wurde, für die Vergangenheit allerhand Rechtfertigungsgründe anführen. Handelte es sich doch darum, einem neugegründeten Staatswesen zunächst feste Formen zu geben und zu zeigen, daß es überhaupt lebensfähig war. Im Verhältnis zwischen den Deutschen und den Tschechen war mancherlei auszugleichen, und es ist begreiflich, wenn dabei das Pendel zu stark nach der anderen Seite schlug. Heute aber liegen die Dinge so, daß die Tschechen tatsächlich das Herrenvolk in ihrem Staat sind, daß sie über durch die Ueberbegriffen ihrer vorherrschenden Stellung ihre eigene Schöpfung und ihr eigenes Machtmittel in Gefahr bringen.

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten kann seit den Verträgen von Locarno nicht mehr als ein Akt der staatlichen Selbsterhaltung gerechtfertigt werden. Zudem erweist es sich von Jahr zu Jahr als unmöglicher, sie in den Formen der Demokratie durchzuführen. Gegenüber den Koalitionspolitikern sind schließlich die tschechischen Faschisten die konsequentesten, die auch die Formen der Demokratie zerbrechen und ein mussolinisches Gewaltregiment aufrichten möchten. Nur daß die Minderheiten in der tschechoslowakischen Republik trotz aller Bedrückung, die sie schon erlitten haben und noch erleiden könnten, dank ihrer Zahl eine ganz andere Machtstellung einnehmen als die unglücklichen Südtiroler in Italien. Diese Machtstellung nützen sie jetzt dazu aus, der tschechischen Regierung, die sich auf eine sehr schwache

Mehrheit stützt, das Leben bis zur Unmöglichkeit schwer zu machen. Es bedarf keines Nachweises, daß mit Gewalt nichts gegen sie auszurichten ist, sondern daß der entgegengesetzte Weg, der Weg der Versöhnung beschritten werden muß.

Zugegeben, daß das Beschreiten dieses Weges durch das Verhalten der Opposition psychologisch erschwert wird und daß besonders das Absingen des Deutschlandliedes im Parlament durch die deutschnationalen Abgeordneten den Extremisten der anderen Seite Wasser auf die Mühle leitet. Aber was psychologisch schwer ist, das ist politisch desto notwendiger. Die Geschichte Deutschlands in den letzten Jahren liefert ein lehrreiches Beispiel dafür, wie notwendig ein politisches Handeln gegen das überhitzte nationale Gefühl gerade zu Zwecken der nationalen Selbsterhaltung werden kann. Liegen die Dinge in der Tschechoslowakei auch in vielen Beziehungen anders, so gilt diese Lehre auch für sie. Hier scheint uns eine große Aufgabe für die tschechische Sozialdemokratie zu liegen.

Die tschechischen Sozialdemokraten können, trotz aller nicht unberechtigten Kritik, die man an ihrem bisherigen Verhalten übt, das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, ihrem Staat und seiner Arbeiterklasse Rühliches geleistet zu haben. Aber die Lösung des schwierigsten Problems steht noch vor ihnen. Die tschechoslowakische Republik will eine Demokratie sein, andere Formen, in denen sie leben könnte, sind nicht sichtbar, die Demokratie aber gerät mit sich in Widerspruch und begeht Selbstmord, wenn sie nicht lernt, den nationalen Minderheiten innerhalb des Staatsganzen freie Entfaltungsmöglichkeiten zu gewähren. Das ist ein sehr naheliegender Gedanke, der auch den tschechischen Sozialdemokraten nicht fremd ist. Aber noch wartet man auf die Taten, die ihn in Wirklichkeit umsetzen und die damit dem tschechoslowakischen Staatswesen die Grundlagen verschaffen, auf denen es sicher und frei bestehen kann.

Annahme der Regierungserklärung.

Prag, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Rodysitzung zum Dienstag nach einer teilweise stürmischen Debatte die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Swebha mit 159 gegen 117 Stimmen angenommen.

Das Haus vertagte sich darauf bis Mitte Januar.

Die Rechnung der Unternehmer.

Wirtschaftsbelastung durch Sozialversicherung?

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Sozialversicherung 1924/25 zerstört endgültig die Unternehmerlegende über die unerträgliche Höhe der für die Sozialversicherung aufzubringenden Summen. Phantastische Zahlen wurden von den Unternehmern errechnet, um die unerträgliche Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung zu beweisen. Zweierlei sollte und ist mit diesen falschen Zahlen erreicht worden: Verhinderung eines zweckvollen Ausbaues der Sozialversicherung und Beeinflussung der staatlichen Lohnpolitik im Sinne der Unternehmer.

Es ist anzunehmen, daß diese Phase des Unternehmerfeldzuges, mit falschen Zahlen zu operieren, beendet ist. Der Kampf um die prinzipielle Seite der Frage geht jedoch weiter. Erledigt sind zunächst nur die Unternehmer-Rechenkünste. Was diese sich geleistet haben, sei kurz in die Erinnerung zurückgerufen.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 21. Oktober 1924 hatte der Generaldirektor Dr. Pfischel die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung für das Jahr 1924 in Höhe von 4,3 Milliarden Mark errechnet. Er hielt 2,6 Milliarden Mark für tragbar und forderte deshalb eine Einsparung von 1,7 Milliarden Mark. Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers weist nach, daß der Aufwand für das Jahr 1924 nur 2,016 Milliarden Mark betrug, also viel weniger, als was Generaldirektor Dr. Pfischel für tragbar erklärte. In diesen 2,016 Millionen Mark stecken jedoch noch rund 376 Millionen, die bei den verschiedenen Versicherungsträgern als Reserven vorhanden sind. Die tatsächliche Ausgabe beläuft sich nur auf rund 1,640 Millionen Mark. Das ist nicht einmal die Summe, die Generaldirektor Dr. Pfischel mit seinen „Reform“-Vorschlägen einsparen wollte. Rechnet man zu den tatsächlichen Ausgaben für das Jahr 1924 noch die Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge hinzu, dann bleibt die Gesamtsumme noch erheblich unter dem Betrag, den Pfischel für tragbar erklärte.

Die Denkschrift enthüllt also schlagend, in welcher beispiellosen Weise die öffentliche Meinung in Deutschland durch die Unternehmerpropaganda irreführend worden ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Pfischel in seinen letzten Berechnungen Mitte dieses Jahres eine Belastung von 2,8 Milliarden Mark errechnete. Mit dieser Selbstwiderlegung ist nur erwiesen, wie unverantwortlich die ersten Berechnungen angestellt worden sind.

Das jetzt veröffentlichte Wirtschaftsprogramm des Reichverbandes der deutschen Industrie hat ein neues Stichwort für den Unternehmertkampf gegen die Sozialversicherung ausgegeben. Mit den falschen Zahlen ist nichts mehr zu machen. Und so verkündet das Wirtschaftsprogramm:

„Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen und wenn die Leistungen an die Empfänger sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird. Unter diesen grundlegenden Voraussetzungen befürworten wir eine wirksame soziale Fürsorge.“

Die hier gemeinte „wirksame soziale Fürsorge“ ist eine solche für die Unternehmer. Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Begrenzung der Versicherungsleistungen in einem solchen Maße, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird, heißt in diesem Falle: Niedrighaltung der Beiträge und Tiefhaltung der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger.

Diese grundsätzlich falsche Betrachtungsweise enthüllt die sozialfeindliche Geisteshaltung der deutschen Unternehmer, erklärt die Schärfe und Verbitterung der Klassenkämpfe in Deutschland.

Wir wollen einmal ganz davon absehen, daß nach Artikel 161 der deutschen Reichsverfassung das Reich die Pflicht hat, zum Schutze gegen die Wechselfälle des Lebens ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Wirkung der Versicherenden zu schaffen. Das Wirtschaftsprogramm des Reichverbandes der deutschen Industrie fordert, daß hierbei der Selbstverantwortung weitgehender Spielraum gelassen wird. Die Konsequenz dieses Standpunktes ist, worauf das Reichsarbeitsministerium schon in seiner ersten Veröffentlichung: „Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 24/1924 hingewiesen hat, daß alsdann ein Mehr an Löhnen aufzubringen ist, wenn die öffentlich-rechtliche Sozialversicherung fehlt und die Arbeitnehmer sich selbst durch eigene Spartätigkeit oder private Versicherung für die Fälle von Krankheit, Unfall, Invalidität usw. versichern müßten.

Diese Schlussfolgerung ziehen die Unternehmer jedoch nicht. Sie wollen niedrige Löhne und Gehälter und eine leistungsunfähige Sozialversicherung. Betrachtet man das Problem der Sozialversicherung im Zusammenhang mit dem Lohnproblem, dann zeigt sich, daß weder die deutsche Lohnhöhe, noch die Kosten der deutschen Sozialversicherung die Schuld an der Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Wirtschaft tragen. Nach den Berechnungen von Prof. Dr. Hermsberg in der „Sozialen Praxis“ vom 12. November d. J. ist das Lohnniveau in den mit Deutschland konkurrierenden Ländern höher. Die deutsche Sozialversicherung gleicht das keineswegs aus, da auch in diesen Ländern die Sozialkosten

Frankreichs Finanzkampf.

Die Sozialisten für den Sanierungsvorschlag der Industrie

Paris, 22. Dezember. (W.B.) Die sozialistische Kammerfraktion hat in der Kammer, mit dem Ersuchen um schleunige Beratung, den Entwurf einer Entschließung des Inhalts vorgeschlagen, aus dem Anerbieten der Industriellen der Norddepartements zur Stabilisierung der französischen Währung sollte ein solidarische Aktion der ganzen Nation gemacht werden. Die Regierung sollte das gemachte Anerbieten annehmen, und durch Befehl dieselbe Tat weitestgehender Klugheit von allen vermögenden Kreisen verlangen, und zwar unter Kontrolle einer autonomen Amortisierungskasse, bei der, um jeder Mißwirtschaft von vornherein zu begegnen, die hauptsächlichsten Organisationen der Produzenten, der Arbeiter und der französischen Sparer vertreten sein sollten.

Gesetzentwurf der Linken über die Einkommensteuer.

Paris, 22. Dezember. (W.B.) Die Unterkommission für Steuer- und Finanzfragen, die von den das Kartell der Linken bildenden Parteien eingesetzt wurde, in der aber die Fraktion Loucheur nicht vertreten ist, hat sich über einen Gesetzentwurf zur Reform der allgemeinen Einkommensteuer durch Verschmelzung des sozialistischen und des radikalen Vorschlages geeinigt.

Widerspruch gegen Doumer's Finanzpläne.

Paris, 22. Dezember. (W.B.) „Echo de Paris“ will wissen, daß innerhalb des Ministeriums Briand sich ein lebhafter Widerspruch gegen die Finanzpläne Doumer's geltend mache. Es seien namentlich die drei radikalen Minister Choupiennos, Daladier und Durafour, die Widerspruch erhoben und sogar soweit gegangen seien, daß sie ihren Rücktritt angeboten hätten für den Fall, daß eine Verdoppelung der Wertschöpfungssteuer vorgeschlagen werden sollte; nun werde über ein Kompromiß verhandelt.

Die „allein richtige Parteipolitik“.

Bucharin gegen Sinowjew's Zweifel.

Moskau, 22. Dezember. (Telegr.-Agentur der Sowjetunion.) In seinem Korreferat zum Bericht des Zentralkomitees erklärte Sinowjew auf dem kommunistischen Parteitag, er sei weit davon entfernt, die politischen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik, die zum raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau geführt haben, zu leugnen. Er wies auf die Erfolge des sozialistischen Aufbaues hin, bedauerte jedoch Zweifel aus an der Mög-

lichkeit eines endgültigen Aufbaues des Sozialismus der wirtschaftlich zurückgebliebenen Sowjetunion bei der gegenwärtigen internationalen Lage, welche durch die Verzögerung der Weltrevolution und eine verhältnismäßige Stabilisierung des Kapitalismus gekennzeichnet sei. Sinowjew erklärte, daß er nicht gegen die neue Wirtschaftspolitik, sondern gegen gewisse Tendenzen ihrer Erweiterung und Veruche ihrer Idealisierung als angeblich sozialistische Wirtschaftsform ankämpfe. Sinowjew wies den Vorwurf der Unterschätzung der Rolle der mittleren Bauernschaft zurück und erklärte seine volle Solidarität mit den Parteibeschlüssen in der Bauernpolitik. Er betonte die Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte des Dorfes, warnte jedoch vor einer Unterschätzung der Gefahren, die seitens der wirtschaftlich erstarkenden Großbauernschaft wie überhaupt aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Weltlage drohten.

Nach Sinowjew ergriff Bucharin das Wort. Er wandte sich gegen die Ausführungen des Redners und erklärte, die Gegner der Auffassung des Zentralkomitees seien nicht imstande, der Bauernpolitik der Partei, wie sie auf der 14. Parteikonferenz einstimmig beschlossen wurde, irgendwelche praktischen Verbesserungsmaßnahmen und irgendwelche neuen Maßnahmen zur Eindämmung der Erstarkung der Großbauernschaft und zur Beseitigung der Armut auf den Dörfern entgegenzusetzen. Die gegenwärtige Bauernpolitik der kommunistischen Partei sei eingestellt auf ein festes Bündnis mit der mittleren Bauernschaft, deren ausschlaggebende Rolle stets von Lenin betont worden sei, jedoch von Sinowjew unterschätzt werde, denn letzterer sehe in dieser Bauernpolitik ein Zugeständnis an die Großbauernschaft. Das Vertrauen Sinowjew's und Kamenev's gegenüber der Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaues in einem Lande ohne internationale Revolution verrate die Kräfte der Arbeiterklasse. Indem Sinowjew erklärte, die neue Wirtschaftspolitik sei ein allgemeiner Rückzug, widerspreche er den Leninschen Anschauungen, monach die neue Wirtschaftspolitik ein strategisches Manöver des sozialistischen Aufbaues sei. Heute sähen Sinowjew und seine wenigen Gefinnungsgenossen bereits den Irrtum der kürzlich von ihnen aufgestellten Behauptung ein, als ob die sozialistische Staatsindustrie der Sowjetunion, die auf der Bergesellschaftlichkeit der Produktionsmittel beruhe, eine Form des Staatskapitalismus darstelle. Lenin und die Partei hätten nur verpachtete und Konzessionsbetriebe für staatskapitalistische Wirtschaftsformen. Bucharin forderte diejenigen, die an dem Zentralkomitee Kritik übten, auf, auch ihre übrigen Irrtümer einzugehen, und drückte unter lebhaftem Beifall des Parteitag's die feste Ueberzeugung aus, daß die Abweichung von der allein richtigen Parteipolitik bald einmütig überwunden werden würde.

erheblich sind. In der bereits erwähnten ersten Veröffentlichung des Reichsarbeitsministeriums wurde ebenfalls darauf hingewiesen.

Die Unternehmer verlangen, daß der Selbstverantwortung, d. h. der Selbsthilfe ein erheblicher Teil der Aufgaben einer Sozialversicherung überlassen bleiben soll. Hier wird das Prinzip der Selbsthilfe in doppelzähliger Gestalt vertreten. Man verlangt einmal die Behebung von Schäden durch individuelle Selbsthilfe und sorgt zugleich dafür, daß die Selbsthilfe nicht wirksam zum Ausdruck gelangen kann. Die wichtigste und zweckmäßigste Äußerung dieser Selbsthilfe wäre eine umfassende und ausreichende Sozialversicherung unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten. Da es sich im Grunde genommen um öffentlich-rechtlich vorgeschriebenen Lohnsparzwang handelt, müßte der Selbstverwaltung weitgehendster Spielraum gelassen werden, da erst dann volle Entfaltung möglich wäre.

Geradezu katastrophal ist jedoch jene Forderung im Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wonach die Wirksamkeit der Sozialversicherung abhängig gemacht wird von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Man übersieht offensichtlich, daß der wichtigste Wirtschaftsfaktor die Arbeitskraft ist. In seiner Grundlegung der Sozialbiologie hat Rudolf Goldscheid schon vor 15 Jahren darauf hingewiesen, von welcher verhängnisvoller Bedeutung es ist, daß die Abnutzung und Zerstörung des Menschenlebens nur als ein moralischer Verlust für die Angehörigen, nicht aber als ein ökonomischer Verlust gewertet wird. Der Mensch ist nur so lange in der kapitalistischen Wirtschaft ein wirtschaftlicher Wert, solange seine Arbeitskraft gebraucht wird; wird sie nicht gebraucht, oder läßt er sie ein, dann zählt er wie Wasser und Luft zu den im Ueberfluß vorhandenen Gütern, die aufgehört haben, im wirtschaftlichen Budget überhaupt noch eine Rolle zu spielen. Eine solche Betrachtungsweise duldet auch heute noch jenen beispiellosen, im Stillen sich vollziehenden industriellen Mord, der ohne die Regenerationskraft der Landbevölkerung die ungeheure Gefahr der Unterbevölkerung längst sichtbar gemacht hätte.

Sozialversicherung ist also keine Wirtschaftslast, sondern die zweckvollste Verwendung eines Teiles des Lohnaufkommens zum Schutze der Arbeitskraft, für vorbeugende Sozialhygiene großen Stils. Die Sorge aller sollte darauf gerichtet sein, die Versicherungsrisiko durch Zentralisation und Ausbau dazu in vollem Umfange zu befähigen. Das ist wichtigste Arbeit zur Wirtschaftsgesundung. Und wenn das die Wirtschaft heute noch nicht zu tragen vermag, wie es in maßlos übertriebender Weise die Unternehmer behaupten, so liegt die Aufgabe nicht darin, die Sozialversicherung abzubauen oder leistungsunfähig zu erhalten, sondern, um mit Rathenau zu sprechen, darin, den Wirkungsgrad menschlicher Arbeit so zu steigern, daß eine verdoppelte Produktion die Belastung zu tragen vermag und dennoch ihre Hilfskräfte besser entlohnt und versorgt.

Die preussische Grundvermögenssteuer.

Vergebliche Sabotage der Deutschnationalen.

Die am Freitag in der Schlußabstimmung über die Grundvermögenssteuer gelübte Sabotage der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei führte dazu, daß der ständige Ausschuss nunmehr diese Vorlage erledigen mußte. Die Sitzung darüber fand heute morgen um 10 Uhr statt. Der Redner der Deutschnationalen, Herr v. d. Osten, zweifelte die Zuständigkeit des ständigen Ausschusses zur Verabschiedung dieser Vorlage an und behauptete, daß wenn sie (die Rechtsparteien) Beschlußunfähigkeit herbeigeführt hätten, so hätten die Regierungsparteien die Pflicht, so zahlreich anwesend zu sein, daß auch ohne sie eine solche Vorlage angenommen werden könne. Er kündigte an, daß wenn der Ausschuss in die Beratung eintrete, würden sie sich an diesen Verhandlungen nicht beteiligen. Nachdem ihm der Finanzminister, der Redner der Deutschen Volkspartei, der SPD., der KPD. und des Zentrums ent-

gegengetreten waren, stimmte der Ausschuss darüber ab, ob er sich zuständig zur Verabschiedung hielt. Für diesen Antrag stimmten die SPD., Zentrum, Demokraten, Kommunisten und die Volksparteiler Hinternell und Dr. Wiemer, wogegen sich der Abg. Buchhorn der Abstimmung enthielt. Daraufhin verließ die Deutschnationale Partei den Saal. Da die zurückgebliebenen Parteien eine sachliche Debatte nicht für nötig hielten, wurde nach kleinen Bemerkungen zur Abstimmung geschritten. Es wurde dann das Gesetz gegen die Deutsche Volkspartei, die geschlossen gegen das Gesetz stimmte, angenommen.

Die deutsche Ueberschuß-Finanzwirtschaft.

Auch der Finanzagent wundert sich.

New York, 22. Dezember. (W.B.) Der Generalagent für die Reparationen, Parker Gilbert, kam mit dem „Devilfish“ hier an. Er gab eine längere Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Unser gegenwärtiger Besuch in den Vereinigten Staaten hat keine besondere Bedeutung. Frau Gilbert und ich waren über 14 Monate im Auslande und kommen nunmehr für zwei bis drei Wochen, um hier die Ferien zu verbringen. Während meines Hierseins hoffe ich natürlich, Vizepräsident Dawes und Owen Young zu sehen und Gelegenheit zu erhalten, mit diesen und anderen über die Wirkung des Sachverständigenplanes und über seine zunehmenden Ergebnisse zu sprechen. Ich bin nicht gekommen, um über eine Revision des Dawes-Planes oder eine neue deutsche Anleihe zu verhandeln. Die deutschen Zahlungen mußten nur während des ersten Jahres der Wirksamkeit des Planes mit einer ausländischen Anleihe finanziert werden. Der Sachverständigenplan selbst funktioniert ohne jede Störung und in vollkommen geordneter Weise. Die beiden Hauptziele, um deren willen die Sachverständigen ursprünglich ernannt worden sind, sind erreicht. Deutschland hat nunmehr eine stabile Währung, und das deutsche Budget ist ausgeglichen. Das Budget weist bisher tatsächlich einen beträchtlichen Ueberschuß trotz der wachsenden Ausgaben auf. Dies stellt die deutsche Regierung in außerordentlich hohem Maße vor das Problem einer vernünftigen Verwaltung ihrer öffentlichen Gelder und schließlich vor das noch tiefergehende Problem einer besseren Anpassung der öffentlichen Einnahmen an die hauptsächlichsten Ausgaben.

Die deutschen Geschäfts- und Industriekreise haben noch sehr großen Bedarf an Betriebskapital, und auf diesen Gebieten stehen sie ersten Reorganisationsproblemen gegenüber. In mancher Beziehung hat dies Zustände hervorgerufen, die einer Krise nahekommen, aber allgemein gesprochen müssen die gegenwärtigen Schwierigkeiten als unvermeidliche Begleiterscheinungen der Deflation und der Rückkehr zu stabilen Verhältnissen und in diesem Sinne als notwendig für die Gesundung selbst betrachtet werden.

Deutschland leistet jeden Monat mit der größten Pünktlichkeit seine Zahlungen. Gleichzeitig arbeitet es blühend mit bei den Vorkehrungen für die künftigen Zahlungen, was den Strom von Lieferungen und Zahlungen, an die Gläubigerstaaten fördern wird. Es wäre nutzlos, zu versuchen, jetzt schon Schlüsse zu ziehen hinsichtlich der letzten Ergiebigkeit an Reparationen gemäß dem Dawes-Plan. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß der Plan bereits mit Erfolg das ganze Problem auf eine neue Grundlage gestellt hat. Zum ersten Male seit vielen Jahren ist die Welt in der Lage, aufzuhören über Reparationen zu sprechen.

Ein Kommunist als Gast bei Seekt.

Die ganze deutsche Presse berichtet, daß am Sonntag ein Kommunist beim General von Seekt zu Gast war. Nur die „Rote Fahne“ verschweigt ihren Lesern diese immerhin nicht alltägliche Erscheinung. Warum so schüchtern? Das kommunistische Zentralorgan bringt heute ein Interview mit dem in Berlin weilenden Tschitcherin. Es hätte doch so leicht in einer Zeile hinzufügen können, daß der bolschewistische Volkskommissar mit dem Marne geführte hat, der im Jahre 1923 als Inhaber der Volksgewalt die kommunistische Partei verboten hat.

Notlage der Versorgungsanwärter.

Enttäuschung über das Wehrmachtübervergütungsgesetz.

Aus den Kreisen der Wehrdienstberechtigten wird uns geschrieben: Die Regelung der einmaligen Uebergangsbilanz hat bei den Älteren, bereits entlassenen Jahrgängen von Reichswehr und Schutzpolizei eine große Erbitterung hervorgerufen. Die Dienstprämie in Höhe von 1500 M. wurde nur rückwirkend bis 1. September 1924 bewilligt. Diejenigen also, die vor diesem Termin entlassen wurden und in der Zeit der Inflation die größten Opfer gebracht haben, gehen leer aus.

Eine sozial gerechte Rückwirkung der Zahlung der einmaligen Uebergangsbilanz scheiterte an dem vom Reichsfinanzministerium behaupteten Widerstand der Völkervertreter im Reichsrat, die es ablehnten, für ihre Schutzpolizei die etwas größeren Kosten zu tragen. Erst unter dem Druck der durch unsere Genossen ausgeübten sozialen Ungerechtigkeiten haben die Vertreter des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministeriums im Ausschuss des Reichstages folgende Erklärung abgegeben:

„Die vor dem 1. September 1924 ausgeschiedenen Versorgungsanwärter, die eine mehr oder minder entwertete einmalige Uebergangsbilanz erhalten haben und deshalb in eine bedürftige Lage geraten sind, sollen der Gemäßung der einmaligen oder laufenden Zuwendungen besonders berücksichtigt werden.“

Wir sind der Meinung, daß es sich hier nicht um die Vergütung von Amos, sondern um einen unzweifelhaften Rechtsanspruch der Geschädigten handelt. Deshalb sollte allen denjenigen Soldaten und Schutzpolizistenbeamten, die vor dem 1. September 1924 bis rückwirkend 1. Januar 1921 entlassen wurden, eine einmalige Abfindungssumme als Ausgleich für die in völlig entwerteter Papiermark bereits zur Auszahlung gelangte Uebergangsbilanz bewilligt werden. Wenn für die Ruhrindustriellen 750 Millionen ausgeschüttet werden konnten, dann wird auch der hier benötigte Betrag aufgebracht werden können.

Vorlegung der Steuerbücher.

Für Unterstützungsberechtigte.

Die Ermäßigungen der Einkommensteuer für 1926 können beim Steuerabzug von Ruhegehältern, Wartegeldern, Uebergangs- und Hinterbliebenengebühren bei den Versorgungsämtern nur berücksichtigt werden, wenn das Steuerbuch für 1926 dem zuständigen Versorgungsamt vorliegt. Es liegt daher im eigenen Interesse der Empfänger solcher Bezüge, die Steuerbücher alsbald an das die Bezüge zahlende Versorgungsamt einzusenden. Ruhegehälter usw. Empfänger, die außer ihren Versorgungsbezügen noch ein dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegendes Einkommen beziehen und ihr Steuerbuch dem Arbeitgeber eingehändigt haben, erhalten von der Gemeindebehörde (Bezirksamt) auf Antrag ein zweites Steuerbuch ausgestellt, auf Grund dessen das Versorgungsamt die Ermäßigungen nach dem Familienstand und für mittellose Angehörige berücksichtigen kann. Liegt bei dem zuständigen Versorgungsamt weder das Steuerbuch noch ein zweites Steuerbuch vor, so wird der Steuerabzug mit 10 Proz. ohne Berücksichtigung von Ermäßigungen vorgenommen.

Neuer polnischer Innenminister.

Genosse Marek.

Warschau, 22. Dezember. (U.) Das sozialistische Mitglied des polnischen Kabinetts, der Minister für öffentliche Arbeiten, Moraczewski, mußte infolge seines schlechten Gesundheitszustandes endgültig auf sein weiteres Verbleiben in der Regierung verzichten.

Die Sozialisten haben an Stelle Moraczewskis dem Ministerpräsidenten den Abgeordneten Marek empfohlen. Marek wird jedoch nicht das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernehmen, sondern das Innenministerium. Der bisherige Minister des Innern, Rajkewicz, hat gestern dem Ministerpräsidenten sein Portefeuille zur Verfügung gestellt.

Lessing-Theater.

Strindbergs „Karl XII.“

Nachdem Strindberg seine große Niederlage vor der Religion erlitten und sich mit jedem strengen Dogma angefeindet hatte, wollte er auch für seine politische Seele die realistische Tröstung irgendwie retten. Er schrieb die historischen Dramen, in denen die Geschichte seines Vaterlandes Beispiel sein soll. Aber in diesem Gebiet war er unerbittlich. Die Helden, die er wählte, besonders jener Karl XII., erschienen ihm wenig als Helden. Der Mann, der einmals aphoristisch kurz ausgedrückt hatte, daß Karl XII. die große Seele seines Landes, der Förderer und Auslöser seiner Untertanen und ein größensüchtiger Autokrat gewesen sei, konnte sich trotzdem nicht enthalten, tendenziös und gerecht diesen zwölften Karl von Schweden zu charakterisieren. So stellt er ihn dar in seiner zerbrochenen Herrlichkeit, aber der König glaubt an sich selber, und darum, weil der König trotz seiner Krankheit, trotz seiner Heimatlosigkeit, trotz seiner Verlassenheit und Jämmerlichkeit immer wieder versucht, die Welt nur aus seiner eigenen Person zu ergründen und zu erklären, wirkt er tragisch. Diese dramatische Objektivität ist nun in diesem historischen Stück wunderbar. Strindberg verherrlicht den Schwächling beinahe, doch er tut es nicht als Byzantiner. Die Glorie, die er über die Menschennatur breitet, ist ein Licht, das in der Menschennatur des Zuschauers und in seine politische Belehrung und Befreiung vielerlei Wahrheit bringt. Man sagt sich: weh ein Politiker ist doch dieser Strindberg, der nach der Ansicht seiner Kräfte und auch seiner nächsten Freunde so besessen war, daß man sich nicht scheute, ihn wahnsinnig zu nennen!

Ohne daß versucht wird, die Weltlage Europas, die vor 200 Jahren galt, theoretisch objektivieren, wagt doch alles auf: nicht nur die enge Miere dieses Königs, der zu den Brandstätten und pestroswisten Städten und ausgelagerten Staatssojnen seines Vaterlandes zurückkehrt. Der Tod Ludwigs XIV. wird in einer Szene ausgemalt, und ganz plötzlich ist die Stimmung geschaffen, daß der Mensch die Größe und Gemeingefährlichkeit jedes Sonnenkönigums, jedes Autokratentums ahnt, mag der Kronenträger auch im Glücke enden oder auf seinem dreißigen Feldlager. Fast das ganze Stück Strindbergs spielt in einem zerfallenen Palast, der nicht ordentlich durchwärmert werden kann und dessen hohe Mauern undurchdringlich scheinen für das Volk, das seinem König nahekommen möchte. Schon dieses symbolische Haus, das übrigens der Regisseur Gustav Hartung von seinem Bühnenmaler sehr bildhaft aufbauen ließ, schon diese Einheit des tragischen Ortes, der ständig im Schatten liegt, ist die geniale Erfindung des Dramatikers. Und dann kleine Gestalten, etwa der Zwerg Luzemburg, Karls XII. Leibnarr, der von seinem Schausteller vertrieben wird und nun in rebellische Offense gerät. Ein Menschlein, eine verborgene Kreatur, ein paar gegelhete Worte, und die Weltgeschichte wird sichtbar und hörbar. Dieses Werk, das viel Aufmerksamkeit verlangt, ist ein großes Werk. Gustav Hartung war wirklich ein vorzüglicher Regisseur, der nicht nach Nebenwirkungen suchte. Die Vorzüglichkeit dieses historischen Stiles wollte er allein bedecken, dabei aber das Spektakelstück vermeiden. So ließ er an Herrn George, der den Karl XII. spielte, auch den Auftrag zur Dämpfung des Tones ergehen. Herr

George fügte sich dieser Anordnung mit sehr großem Takte. Auch der Zwerg, den Herr Sokoloff, ein russischer Gast, überraschend pittoresk spielte, war nicht ins Uebermäßige karikiert. Harmonisch waren die Akustik ausgeglichen. Die Rhetorik baute sich auf als ein Turnier der nachdenklichen Menschen. Nicht die Adhäsion wurde gepredigt, sondern jede Idee erwachte lebendig in dem Schauspiel. Diese Energie des Innerlichen war zum Beispiel zu begrüßen bei Herrn Otto Schmöle, der sich zum erstenmal den Berlinern zeigte. Max Hochdorf.

Ein zweites Volksbühnentheater. Die Berliner Volksbühne beabsichtigt, sich eine zweite Berliner Bühne anzugliedern. Voraussetzungen sind die Uebernahme noch in dieser Spielzeit erfolgen. Es schweben ausichtsreiche Verhandlungen mit dem Theater am Schiffbauerdamm und dem Lessingtheater, die vor dem Abschluß stehen. Daß die Volksbühne in dieser wirtschaftlich unangünstigen Zeit dem bisher in eigener Regie geführten Theater am Wilsonplatz einen Zweigbetrieb angliedern kann, beweist aufs neue ihre starke Bedeutung im Kulturleben der Reichshauptstadt und Deutschlands.

Zuchthäuser geben ein Konzert. Der moderne Strafvollzug ist heute auch in Deutschland darauf eingestellt, den Gefangenen eine gewisse Erholung und Zerstreuung zu geben. Das geht so weit, daß sogar verschiedene Strafvollzugsanstalten schon aus musikalischen Sträflingen, die sich zur Führung, Kapellen und Gesangschor gebildet haben, die im Gefängnis oder im Zuchthaus Konzerte veranstalten. So gar öffentliche Konzerte werden von solchen Sträflingskapellen mitunter ausgeführt. Erst kürzlich hat in Diez an der Lahn ein solches stattgefunden. Der dreißig Mann starke Sängerschor der Strafanstalt Friedriehshaus gab mit Erlaubnis des Direktors ein öffentliches Konzert, dessen Reinerlös zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für die Gefangenen bestimmt war.

Künstliche Inseln im Atlantischen Ozean. Ein amerikanischer Ingenieur, E. R. Armstrong sucht die Washingtoner Regierung für ein außerordentlich fähiges Projekt zu interessieren: In den Atlantischen Ozean, also zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, ein Dutzend künstlicher Inseln zu bauen, auf denen die Wasserflugzeuge einer Postlinie London-New York niedergehen könnten. Die Zeitschrift „Scientific American“ gibt über dieses Projekt einige Einzelheiten. Die „Armstrong-Inseln“ sollen in Stahl und Zement gebaut werden. Jede soll 400 Meter Länge bei 120 Meter Breite erhalten. Die Masse einer derartigen Insel würde 1500 Tausend Wasser verdrängen, wodurch sie schwimmend erhalten würde. Es handelt sich eigentlich um ein Riesenschiff aus Beton, das bis zu 12 Meter über den Wasserspiegel emporragen soll. Die Hauptmerkmale bietet die Frage, wie diese riesigen Pontons verankert werden können, um selbst bei stürmischer See vollkommen ruhig zu liegen. Hier geht Armstrong von der Tatsache aus, daß selbst bei den heftigsten Orkanen nur eine verhältnismäßig dünne Wasserfläche aufgewühlt wird, während die Wassermassen in über 17 Meter Tiefe völlig unberührt und unbeweglich bleiben. Daher beabsichtigt Armstrong, die an und für sich durch starke Kabel verankerten Inseln über 17 Meter tief einzutauchen zu lassen, was er mit Hilfe von besonderen Bojen erreichen will, die in großer Zahl an dem

Umfang der Insel befestigt würden. Nach Angabe der Techniker würden die künstlichen Inseln dadurch bei jedem Weiter eben so fest liegen wie natürliche Inseln. Die amerikanische Zeitschrift fügt hinzu, daß mehrere technische Autoritäten das Projekt gepriesen und für durchaus realisierbar befunden hätten. Die einzige Kritik wende sich gegen die hohen Kosten der „Armstrong-Inseln“; daher sei auch nicht damit zu rechnen, daß die amerikanische Regierung an die Ausführung des Projektes herantreten werde. Eine andere Frage sei aber die, ob man nicht ein privates Konjunktium zu diesem Zweck zusammenbringen könne.

Ein neuer Messer für elektrische Wellen. In der Physik-technischen Reichsanstalt ist eine für die Wellentelegraphie bedeutsame Erfindung gemacht worden, die eine bisher wenig bekannte Erscheinung ausnutzt. Zu Anfang der achtziger Jahre entdeckten die Brüder Curie zu Paris, daß in gewissen Kristallen, darunter auch Quarz, durch Druckkräfte Elektrizität hervorgerufen wird, und daß umgekehrt durch Elektrifizierung eines solchen Kristalls eine Verformung bzw. eine Verlängerung des Kristalls erzeugt wird. Ein Quarzstäbchen gerät daher unter dem Einfluß elektrischer Schwingungen, die natürlich dann besonders stark auftreten, wenn ihre Anzahl den Eigenschwingungen des Stäbchens, die es bei mechanischem Anschlagen vollführt, entspricht. Befindet sich das Stäbchen in einem luftverdrängten Raum, so leuchtet es in diesem Falle auf, bei nur geringen Abweichungen dagegen hört das Leuchten sofort auf. In Verbindung mit einem Funkenstreck stellt ein solches Stäbchen daher einen sehr empfindlichen Wellenmesser dar, der den Sendestationen eine genaue Kontrolle und Innehaltung ihrer Wellen erleichtert, was zur Vermeidung gegenseitiger Störungen der verschiedenen Sender von erheblicher Wichtigkeit ist. Der Sender in Wlflieben ist bereits mit einem solchen Wellenmesser ausgestattet.

Volksbühne. Im Widerspruch mit dem oben erwähnten Antrag wird darauf hingewiesen, daß die Vorkommnisse von „Rava Siegfried“ für die Augendruckbühne im Theater am Wilsonplatz öffentlich und Karren für jedermann zu haben sind. Nächste Aufführung: 23. und 26. Dezember, Beginn 8 Uhr.

Das Bauhaus hat inzwischen seine Arbeit in Dessau aufgenommen. Zum Zweck des Betriebes und der Verwirklichung der Mutter des Bauhauses (Lichterei, Restauration, Druckerei, Buchdruckerei und Buchbinderei) ist mit privatem Kapital eine Bauhaus-G.m.b.H. gegründet worden. Für Berlin hat die Firma Ferdinand Osterlag, W 62, Reichstr. 20, die Generalverwaltung übernommen und stellt in ihren Räumlichkeiten die Bauhausarbeiten aus.

Ein Künstler-Kunstler für — Wien. Die Gemeinde Wien hat sich jetzt das Amt eines Kunstlerates geschaffen und einem hervorragenden Kunstgelehrten übertragen, dem Hofrat Eduard Weidinger, der kürzlich als Direktor des „Österreichischen Museums für Kunst und Industrie“ in den Ruhestand trat. Und wann wird Berlin sich endlich einen Mann gewinnen, der für die Kunstangelegenheiten der Gemeinde sachlich verantwortlich sein kann?

Verkauf der Villa Jorncsna. Seit einiger Zeit geht das Gerücht, daß die Villa Jorncsna in Rom, dieses einzigartige Denkmal der Renaissance-Decorations mit den wunderbaren Kalksteinen Fresken, an eine fremde Gesellschaft verkauft werden soll. Die Villa dient dem Fürsten Esig als Wohnsitz; sie würde durch den Verkauf dem Publikum vortrefflich zugänglich werden.

Mehr Amerikanismus!

Zur Kundgebung der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Spitzenorganisation der industriewirtschaftlichen Fachverbände, hat in seiner bekannten Denkschrift zu den großen Wirtschaftsproblemen Stellung genommen. Daß die Ergebnisse der Denkschrift zum weitläufig überwiegenden Teil den Krisenfragen, wie sie die Arbeiterschaft erlebt und erleidet, nicht gerecht wird, haben wir bereits betont. Man vermisst vor allem die klare Stellungnahme zum Absatzproblem, das bei einer durch Absatznöte betroffenen Wirtschaft im Vordergrund der aufbauenden Wirtschaftspolitik stehen müßte.

Es trifft sich glücklich, daß ein hervorragender Kenner der Volks- und Privatwirtschaft kurz vor dieser programmatischen Kundgebung der Industrie seine auf einer längeren Studienreise gesammelten Beobachtungen zusammengefaßt und zu einer freudigen Bejahung des wirtschaftlichen Fortschritts, auch für Deutschland, gestaltet hat. Das im Verlag von S. Fischer erschienene Buch nennt sich „Das amerikanische Wirtschaftswunder“ und hat zum Verfasser den Staatssekretär a. D. Professor Julius Hirsch, der seinerzeit als Mitarbeiter des Wirtschaftsministers Genossen Robert Schmidt führend an dem Kampf gegen die Inflation und ihre wirtschaftlichen Folgeerscheinungen in Deutschland mitgewirkt hat. Der Inhalt des Buches ist zu einem Teil durch Vorträge und Zeitungsaufsätze bekannt geworden. In überzeugender Weise legt Hirsch dar, daß die Überlegenheit der amerikanischen Produktion keineswegs allein aus dem großen natürlichen Reichtum der Vereinigten Staaten, aus ihrem günstigen Klima, ihren Bodenschätzen zu erklären ist. Gewiß begünstigen diese Umstände ebenso wie die gewaltige staatliche Einheit mit ihrem großen Absatzmarkt die unerhörte Entwicklung, die dieses Land in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Hinzu tritt aber in entscheidender Weise die besondere Arbeitsorganisation, die gewaltige Rationalisierung der Produktion und die Schulung des Verbrauchers auf die Vereinheitlichung der herzustellenden Ware. Wenn irgendein Land, so hätte der Besitzer der größten Bodenschätze der Welt und der natürliche Kriegsgewinnler, weil größter Lieferant der Kriegführenden, sich dazu veranlaßt sehen können, zu glauben, daß hohe Preise und niedrige Löhne alles sind. Das Gegenteil ist eingetreten. Eine gewaltige Verbilligung der Produktion trotz erheblicher Verschwendung bei der Warenverteilung, ein bewußtes Hinarbeiten auf höchste Nutzung des Materials und der Arbeitskraft und ein für dieses Land des Hochkapitalismus geradezu erstaunlich starker Verzicht auf solche Formen der Ausbeutung von Arbeitskraft und Verbrauch, wie sie die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Unternehmer des Abendlandes kennzeichnen!

Wenn heute noch deutsche Unternehmer mit nicht gerade immer sehr vornehmen Mitteln für die soziale Schlechterstellung der Arbeiterschaft eintreten und dabei ganz vergessen, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft und die Bedingung eines vernünftigen Bedarfs geradezu das Rückgrat der Produktion sind, so erbringt Hirsch den schlagenden Nachweis, daß die tatsächliche Entwicklung Amerikas in anderen Bahnen verlaufen ist. Nach gründlicher Untersuchung kommt er zu dem Schluß:

Für die deutsche Goldmark von 1923 kauft man drüben an Gegenwert etwa 60 Pfennige; aber für diese Arbeitsleistung, für die man in Deutschland Anfang und sogar noch Mitte 1925 eine Mark erhielt, bekam man drüben ihrer vier.

Wenn nun der Reallohn zweieinhalbmal so groß ist wie in Deutschland, so müßte man glauben, daß das nur durch eine viel stärkere Anstrengung der einzelnen Arbeiter erfolgt. Hirsch bezweifelt das; vielmehr sieht er die Hauptursache für die Entfaltung dieses Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Arbeitslohn in der außerordentlich weitgehenden Mechanisierung und Zerlegung der einzelnen Arbeitsvorgänge. Für denjenigen, der nicht selbst die Verhältnisse eingehend studieren konnte, muß es dahin gestellt bleiben, ob diese Beobachtung in solcher Allgemeinheit zutrifft. Bestätigt wird sie bereits durch die deutschen, bei der Tagung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten eingehend dargestellten Versuche in einzelnen Fabriken eine Rationalisierung des Arbeitsprozesses durchzuführen. Immer ergab sich dabei, daß der Lohnanteil am einzelnen Produkt derart zu rückging, daß die Löhne ohne Schaden für die Preise herausgesehen, die Preise trotz steigender Löhne ermäßigt werden konnten. Höhere Löhne aber bei niedrigeren Preisen bedeuten, auf die gesamte Volkswirtschaft übertragen, eben die Steigerung des Reallohnes, die die Gewerkschaften fordern und deren Durchführbarkeit bei einer entsprechenden Ausgestaltung der Produktion uns von Amerika praktisch aufgezeigt wurden.

Der Inhalt der Schrift kann hier nur kritisch angedeutet werden. Besonderen Nachdruck legt Hirsch darauf, festzustellen, daß sich aus der Einstellung des amerikanischen Unternehmertums eine ganz neue Art der kapitalistischen Wirtschaftsmoral ergibt. Das zeigt sich auch in der Einstellung zu den sozialen Problemen. Ist es nicht für deutsche Begriffe geradezu erstaunlich, wenn z. B. eine amtliche Vertretung der amerikanischen Industrie sich mit folgenden Worten gegen den Lohnraub durch schlechtbezahlte Einmänner wendet:

Unter einem allgemeinen Gesichtspunkt kann also der niedrige Lohn der eingewanderten Arbeiter ein ökonomischer Nachteil sein, da er nicht nur eine verminderte Kaufkraft dieser Verbraucher und so eine geringe Güternachfrage bedeutet, sondern den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt hemmt, der für bessere und billigere Erzeugnisse unerlässlich ist.

Hirsch fragt dazu:

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn auch deutsche Unternehmerorganisationen nicht auch bald zu ähnlichen großen Ausblicken gelangen können.

Diese Frage drängt sich jetzt wieder auf. Die deutschen Unternehmer haben ihre Lösung zwar in Einzelpunkten angedeutet, sie aber auch nicht annähernd erschöpft! Darum gebührt der Schrift von Hirsch um so größere Beachtung bei denen, die im Interesse der Arbeiterschaft das Problem der Rationalisierung der Produktion in den Vordergrund des wirtschaftlichen Meinungstreffens gestellt wissen wollen.

Ramsay MacDonald ist mit seinen beiden Töchtern nach England abgereist und wird erst am 11. Februar wieder nach England zurückkehren.

Das Christkind schmuggelt. . .

Wie das ganze Leben, steht auch der Weihnachtseinkauf im Zeichen der allgemeinen Geldknappheit, die vielfach deutlicher als Geldmangel bezeichnet werden muß. Auch an der Reichsgrenze ist das so und in Böhmen hat, wenn die Beside auch noch von vielen Reichsdeutschen wegen der billigeren Preise als Schlaraffenland betrachtet werden, im Grunde genommen auch niemand Geld. Wie jeder, muß auch das Christkind der allgemeinen Lage Rechnung tragen und rechnen. Und während es früher errechnete, daß sich eine Bahnfahrt oder Fußwanderung aus Nordböhmen in die sächsischen Grenzstädte, vor allem Zittau, sehr bezahlte machte, so fand es bei der jetzigen Inflation, daß trotz vielfach erfolgter Angleichung der Preise dies- und jenseits der Grenze in Böhmen doch noch gar manches billiger und qualitativ hochwertiger zu haben ist. Und das Christkind zog die Lehre daraus und kaufte mit wertvoller Mark im billigeren Böhmen ein. In der Inflationzeit gleichen die Grenz Zollämter beiderseits ganzen Warenhäusern. Weil aber damals jeder packte, gingen 90 glatt durch, wenn 10 hochgenommen wurden. Heute ist das anders. So viel wird im allgemeinen nicht gepackt und für die passionierten Christkindschmuggler ist die Zahl der verfügbaren Grenzbeamten — um die Weihnachtzeit immer erhöht — immerhin bedrohlich hoch. Und am goldenen Sonntag und der Woche davor wurden an der sächsisch-nordböhmisches Reichsgrenze, die ja vielfach direkt von Haus zu Haus läuft, fleißig Streifen unternommen. Und weil die Beamten für die Romanität des Christkindes so gar kein Verständnis aufbringen mochten, mußte der heilige Christ seinen Hundepack statt unter den Christbaum vielfach auf die Zollbank des Zollamtes ausbreiten und in den Grenz Zollämtern an der nordböhmisches Seite hat sich auf diese Art ein recht wohlaffortiertes Weihnachtslager aufgebaut, begonnen vom feinsten Kapoun, der Weihnachtsgans und dem Weihnachtshafen oder Schinell (seit kurzem ist auch die geringste Fleischzufuhr nach Sachsen streng unterjogt) über allerlei Süßigkeiten bis zu Schuhen, Konfektion, Stoffen und viel kostbarer Tisch- und Bettwäsche.

Mädchenmord in Brieg.

Der Täter flüchtig.

Ein Mord, dessen Beweggrund noch ganz dunkel ist, ist in der vergangenen Nacht in Brieg verübt worden. Der 26 Jahre alte Kammerer Robert Milewicz, der in der Siegfriedstr. 34 zu Neutöln bei seinen Eltern wohnt, kam in größter Aufregung um 3 Uhr nachts in das Schlafzimmer seiner Eltern und teilte ihnen hastig und verworren mit, daß er seinen Braut, die 19 Jahre alte Arbeiterin Gertrud Vinke aus der Bürgerstr. 2 ermordet habe. Sie liege in der Kirchallee zu Brieg. Bevor noch die entsetzten Eltern ihn fragen konnten, wie denn das habe geschehen können und was ihn dazu veranlaßt habe, wandte sich Milewicz um und verschwand aus der Wohnung und dem Hause. Der Vater eilte nach dem 218. Revier und teilte ihm die Schreckensnachricht mit. Beamte machten sich sofort auf die Suche und fanden die Angaben bestätigt. Das junge Mädchen lag mit durchschnitener Kehle tot in der Kirchallee in Brieg. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Mörders wurden alsbald ausgenommen, hatten aber bisher keinen Erfolg.

Abenteuerliche Flucht aus dem Zuchthaus.

Ausbruch zweier Gefangener in Brandenburg.

Am gestrigen Montag nachmittag sind aus der Strafanstalt Brandenburg zwei Sträflinge ausgebrochen, die bisher noch nicht wieder ergriffen werden konnten. Ueber die Flucht, die große Neugierde mit einer ganz vorwegenen Kinoromanth hat, werden folgende Einzelheiten bekannt:

In der Strafanstalt arbeiteten in der Schneiderabteilung zwei gefährliche Diebe, die wegen schweren Einbruchdiebstahls im Rückfall Strafen bis zum Jahre 1930 bzw. 1933 zu verbüßen hatten. Es handelt sich um einen Varietékünstler namens Dajeny aus Burg und einen Schneider Panske aus Magdeburg. Dajeny, der den Spitznamen „Der Flieger“ führt und ein gewandter Zirkusartist sein soll, ist bereits viermal aus anderen Strafanstalten ebenfalls unter Einwirkung seines Lebens entflohen. Die beiden Sträflinge hatten nun ihre Flucht von langer Hand vorbereitet. In der Schneidererei, wo sie tätig waren, hatten sie nach und nach festes Gerüstband entwendet und zusammengenäht, so daß sie im Laufe der Zeit ein zuverlässiges Seil von etwa 20 Meter Länge erhielten. Am Montag nachmittag enternten sich die beiden aus dem Arbeitsaal, der im dritten Stockwerk liegt und begeben sich auf die Toilette. Beide zwängten sich dort durch ein enges Fensterchen. Dajeny warf seinen Leibriemen vom Fenster aus nach einem etwa 2 Meter entfernten Haken, gewann so einen Halt und schwang sich dann auf den Haltebalken einer Bogenlampe, der zwischen zwei Gebäuden etwa 18 Meter über dem Erdboden angebracht ist. Auf diesem dünnen Seil hielt der „Flieger“ sich fest und vermochte sogar noch seinen weniger gewandten Kameraden durch die Luft zu sich auf den höchst unsicheren Halt zu ziehen. Dann schob sich Dajeny an einem ganz schmalen Geflügel an der Hauptwand weiter, erreichte ein hohes Dach und zog nun mit Hilfe des mitgenommenen Seils aus Gurtband auch den zweiten Gefährten nach. Diese waghalsige Flucht, bei der die beiden Sträflinge in jeder Sekunde das Leben riskierten, vollzog sich zu einer Zeit, als der Schließer im Hof gerade damit beschäftigt war, einen Brotwagen abzuweihen und nicht die Mauer beobachten konnte. Die beiden Flüchtlinge warteten dort eine günstige Gelegenheit ab und ließen sich dann an dem provisorischen Seil bis in den Garten des Direktors hinab. Von dort gelang es ihnen leicht, die Freiheit zu gewinnen. Beamte der Strafanstalt trifft kein Verhulden, hingegen hat es den Anschein, daß die Flüchtlinge Verbindung mit der Außenwelt gehabt haben.

Vom stürzenden Baum erschlagen.

Ein trauriges Weihnachtsfest ist der Familie des Arbeiters Franz Belger durch den plötzlichen Tod des Ernährers beschieden worden. B., der einige Zeit arbeitslos war, hatte zur Freude seiner Familie Beschäftigung zum Holzfällen in Rickendorf bei Baruth in der Mark gefunden. Gestern, als er mit dem Ausheben der Wurzeln eines großen Baumes beschäftigt war, legte sich der Baum plötzlich um und begrub den Arbeiter unter sich. Mehrere Kollegen, die sofort zur Hilfe eilten, konnten den Unglücklichen, dem der Brustkorb eingedrückt worden war, nur noch als Leiche unter dem Baum hervorziehen.

Mißliche Vergiftung einer Familie.

Der 22 Jahre alte Kurt Damrow aus der Chausseestr. 3 erschien gestern abend in vollständig erschöpftem Zustande auf der Suche der zuständigen Reviers und konnte gerade noch die Angabe machen, daß seine Eltern und die beiden Geschwister bewußlos in der Wohnung liegen. Damrow wurde sofort zur nächsten Rettungsstelle gebracht und dort behandelt. Der diensttuende Arzt, wie drei Rettungswagen wurden zur Unfallstelle entsandt und beim Eintreffen der Boomen wurde festgestellt, daß der 47 Jahre alte Vater Max Damrow, seine 41jährige Ehefrau Anna, sowie die beiden Kinder, der 24jährige Hermann und die 13jährige Edith bewußlos im Zimmer auf dem Boden lagen. Sämtlichen wurde an Ort und Stelle der Regen ausgepumpt. Der Chemiker erholte sich halb, die übrigen mußten jedoch in das Virchow-Krankenhaus gebracht werden; sie befinden sich dort auf dem Wege der Besserung; Lebensgefahr besteht bei keinem der

Kranken. Der Sohn Kurt erklärte weiter, daß sich die Familie nach dem Abendbrot, das aus Weißkohl mit Hering und Rindfleisch bestand, noch aus einer Apotheke in der Elbstr. Straße Katron geholt hatte; dieses wurde mit Wasser gemischt und dann getrunken. Nach dem Genuß fiel Frau D. bewußlos um und bald darauf erkrankten auch die anderen Familienmitglieder und sanken zu Boden. Kurt konnte sich noch zum Revier schleppen, wo er die oben wiedergegebene Angabe machte.

Selbstmord der ersten deutschen Fliegerin.

Die Fliegerin Kelly Beese, die sich als erste der Fliegerei wandte und bereits im Jahre 1911 ihr Piloteneigenen bestand, hat, in einem Alter von 37 Jahren in einer Pension im Westen, offenbar in einem Anfall von Schwermut, Selbstmord begangen.

Ihr Auftreten erregte seinerzeit großes Aufsehen. Kelly Beese heiratete einen Franzosen Butar und machte mit ihm zusammen in Johannisthal eine Fliegerschule auf, die aber nicht zur Entwicklung kam, weil bald darauf der Krieg ausbrach. Während des Krieges flog Frau Beese nicht. Erst jetzt in diesem Herbst nahm sie den Flugpost wieder auf. Sie war Schülerin der Fliegerschule Bornemann in Staaken, wo sie unter Führung eines Fluglehrers mit einem Dietrich-Apparat mehrere Flüge ausführte. Vor etwa sechs Wochen durfte sie den ersten selbständigen Flug wagen. Aber gleich die erste Flugvorungung wurde. Sie selbst und der Lehrer kamen unverfehrt davon. Es stellte sich heraus, daß Frau Beese infolge großer Nervosität für die Fliegerei nicht geeignet war. Wahrscheinlich war das der Grund zu ihrer Tat.

Letzter Tag im Vorhmer-Prozess.

Die Kontrolle auf den Korridoren des Gerichts ist heute sehr streng. Der Erste Staatsanwalt Gerlach hat wieder Drohbriefe erhalten. Der Zuhörerraum weist eine Besetzung auf, wie man sie noch nie auf diesem Gericht gesehen hat. Viel Arbeitslose neben Damen der Potsdamer Aristokratie. Kurz wird noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten. Die Angeklagte gibt die Möglichkeit zu, die Unterchrift der katholischen Schwester unter den Brief der sterbenden Präsidentin gesetzt zu haben. Der Präsident will selbst noch mehr erzählen, doch der Vorsitzende gestattet es nicht, und die Beweisaufnahme wird definitiv geschlossen. Dann ergreift Justizrat Josefohn das Wort zum Plädoyer. Er beantragt, den Volziner Fall auszuschließen, denn die Indizien seien zu schwach, um eine Beurteilung darauf aufbauen zu können. Das Urteil wird vor Mitternacht faum zu erwarten sein.

Weihnachtsbescherungen.

Zu einer Weihnachtsfeier hatten die Kinder der 34. Gemeindefschule Lichtenberg ihre Eltern und die Freunde des Schulreformgedankens nach der Schulaula eingeladen. Man hatte auf weihnachtliche Dekoration der Halle verzichtet; und trotzdem erfüllte Freude die Menschen. Das Programm brachte eine dramatische Aufführung der Parodie: „Des Kaisers neues Kleid“. Die Dekorationen und Kostüme waren von den Schülern selbst hergestellt worden und zeigten Sinn für dekorative Kunst. Russische Darbietungen, Tanzaufführungen und Rezitationen umrahmten die Aufführung. — Eine Weihnachtsbescherung in der Stadthalle Klosterstraße hatte der Verein der Standinhaber der Berliner Zentralmarkthalle veranstaltet. Es waren ungefähr 350 Kinder und alte Arme zur Bescherung geladen worden. Große Weihnachtsbäume standen in der Halle. Man sang Weihnachtslieder, es folgten Vorträge auf dem Harmonium und Ansprachen. Jeder der Eingeladenen wurde beschenkt mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken oder anderen nützlichen Gegenständen.

Zwei nette Freunde.

Der in Berlin-Frohnau wohnende Oberingenieur R. war am Sonntag von seiner Firma in geschäftlicher Angelegenheit nach Stettin geschickt worden und trat dort seinen Studienkollegen M., mit dem er mehrere Semester auf dem Politikum zusammen gewesen war. Dieses Wiedersehen wurde gebührend gefeiert und wie üblich begossen. Nach Schluß des Besuchs begaben sich die Freunde nach der Wohnung des M., um mit weiter zu trinken. Hierbei kam es plötzlich zum Streit zwischen den beiden Freunden, in dessen Verlauf der Oberingenieur seinen Studienkollegen gegen einen Schrank stieß, sodaß M. durch die zertrümmerte Tür in den Schrank hineinfiel. Ohne ein Wort zu sagen, griff M. zum Revolver und streckte seinen Freund durch einen Schuß in den Unterleib nieder. R. wurde in Hast genommen, R. befindet sich in Lebensgefahr.

Einstellung des gesamten deutschen Flugverkehrs.

Mit Ablauf des 23. Dezember wird der gesamte deutsche Luftschiffverkehr bis auf weiteres eingestellt. Aus diesem Anlaß wird das Zweigleitpostamt (Tempelhofer Feld) am 23. nach Abgang bzw. Anfrucht des letzten Postfluges bis zur Wiedereröffnung des Luftverkehrs geschlossen. Ferner werden vom Mittag des 23. ab bis auf weiteres die Luftpostbriefkasten in Groß-Berlin nur auf den gewöhnlichen Leerungsgängen geleert. Bestehen bleibt nur die werktägliche englische Luftpost Köln-London.

Überfallen und beraubt wurde in der vergangenen Nacht ein

22 Jahre altes Mädchen R. in Frohnau. Als es über den unbewachten Friedhof gegen 12 Uhr nach Hause ging, trat ihm plötzlich ein junger Mann entgegen und forderte es auf, ihm seine Burschenschaft herauszugeben. In seiner Angst suchte das Mädchen alles, was es bei sich hatte, im ganzen 20 M., zusammen und gab es hin. Als dann aber der Räuber auch noch verlor, die Überfallene zu verewaltigen, schlug sie kräftig auf ihn ein und rief um Hilfe. Jetzt ergriff der Unhold die Flucht und entkam in den nahen Wald hinein.

Aus der Schulbewegung.

Die Veröffentlichung des Reichsschulgesetzentwurfes hat vielen Arbeitereikern doch die Augen über die Pläne der Schulreaktion geöffnet, so daß die Bewegung für die freie weltliche Schule in den letzten Monaten in Berlin und im Reich erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die in Berlin bestehenden „Freien Schulgemeinden“, die den Bund der Freien Schulgesellschaften Deutschlands (Sitz Magdeburg) seit langem angeschlossen sind, haben sich nun zu einem Unterverband Berlin des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands zusammengeschlossen. 1. Vorsitzender Richard Schröter, Berlin N.O. 55, Goldpater Straße 9. Zuschriften, Meldungen und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle R. Zittler, Berlin O. 112, Borsigener Straße 33.

Rechtsanwalt Genosse Dr. Weinberg teilt uns mit, daß die vor einigen

Tagen von uns gebrachte Meldung, wonach bei ihm am Mittwoch dieser Woche und am Montag und Mittwoch nächster Woche Kirchenaustrittserklärungen entgegengenommen werden, irrthümlich sei, da er während dieser Zeit verreist sei und erst Ende Dezember zurückkehre.

Entgleisung eines Höllentalbahnzuges.

Der am Dienstag morgen gegen 5 Uhr von Freiburg abgegangene Höllentalbahnzug ist gegen 16 Uhr zwischen den Stationen Aapel und Rätebach mit der Maschine entgleist, vermutlich infolge Dammrutschs. Da durch den Dammrutsch auch Telegraphenleitungen ungerissen sind, war es bisher noch nicht möglich, genauere Nachrichten über den Unfall zu bekommen. Menschenleben sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Von Billingen aus ist ein Hilfszug an die Unfallstelle abgegangen. Die Verkehrsleistung konnte nach mehreren Stunden behoben und der Verkehr wieder aufgenommen werden.

Jugendveranstaltungen.

Rechts V. Die Weihnachtsfeier fällt heute abend aus. Das Spiel ist geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Wie Arbeitslose geprellt werden.

Die Freibeuterei auf dem Arbeitsmarkt.

In der Not frisst der Teufel Fliegen. Und selbst solche Arbeitslose, die sonst nie einen „Total-Anzeiger“ oder ähnliches bedrucktes Papier anfertigen, greifen nach dem Stellenmarkt dieser Blätter. Gegen die dunklen Angebote der Hühner des Arbeitsmarkts unter irgend welchen Anfangsbuchstaben und Ziffern (die Chiffreanzeigen) kann sich jeder Arbeitslose auf die einfachste Weise selber schützen, indem er sie nicht beachtet. Vor allen derartigen Anzeigen steht unsichtbar und dennoch deutlich die Warnung: „Vor sich, Dumme gesucht.“

Anderes steht es mit den an sich einwandfreien Angeboten, die mehr oder minder flüchtig abgefaßt sind und so zu einem einzigen zu besagenden Posten hunderte von Arbeitslosen anlocken. Das ist ein öffentlicher Mißstand, ein mehr als grober Unfug, dem auf irgend eine Weise begegnet werden muß. Lediglich des Beispiels halber sei folgender Fall angeführt. Am Sonntag erschien nachstehendes Angebot:

Schlüsselige Hilfskraft. Scherer Redner, für Buchdrucker- und Satzarbeiten in unserer Anzeigen-Kantine zu sofortiger Arbeit, Mittwochs zwischen 9-10 Uhr. Berlin, Beuthstr. 71.

Die stellenlosen Angestellten kamen am Montag in Scharen nach der Beuthstraße, um sich um diesen Strohhalm zu balgen. Jetzt erst fiel es dem Verlag ein, den Bewerbern mitzuteilen, daß für die Stelle nur ein jüngerer Angestellter in Frage kommt, und zwar einer, der bereits in Gastwirtschaften kaufmännisch tätig war. Die Enttäuschten forderten den Ertrag ihres Lehrgeldes, bis ein Ueberfallkommando sie zerstreute.

So lange die Umgehung der öffentlichen Facharbeitsnachweise nicht verboten ist, so lange noch Arbeitskräfte „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ des Zeitungs-Inserats gesucht werden können, wird der Zustand bestehen, daß wegen der Befugung einer einzigen Arbeitsstelle eine ganze Unmenge Arbeitsloser um ihr Fahrgehalt und um ihre Zeit geprellt werden. Es muß daher von den Inserenten zum mindesten gefordert werden, daß sie ihre Anzeigen mit der nötigen Sorgfalt abfassen, ganz genau angeben, welche Anforderungen sie an Alter, Leistungen und dergleichen stellen und was sie mindestens oder höchstens bezahlen. Damit wäre die Gefahr für die Arbeitslosen wenigstens vermindert, wenn auch nicht beseitigt.

In Zeiten einer derartigen Wirtschaftskrise aber müßte zum Schutze der Arbeitslosen rundweg verboten werden, Arbeitsstellen durch Zeitungsanzeigen anzubieten, bevor die Stelle nicht bei einem öffentlichen oder anerkannten Arbeitsnachweis gemeldet war und im Verlauf eines Tages unbefestigt geblieben ist. Selbstverständlich müssen auch dem Arbeitsnachweis genaue Angaben darüber gemacht werden, welche Ansprüche gestellt und welche Gegenleistungen geboten werden.

Jedenfalls muß dem Skandal irgendwie gesteuert werden, daß Arbeitslose dazu verleitet werden, ihre letzten Pfennige an Fahrgehalt und ihre Zeit an Stellenangebote zu verschwenden, die für den allergrößten Teil von vornherein gänzlich aussichtslos sind. Mit der Not der Arbeitslosen darf nicht Schlundrud getrieben werden aus Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit, noch gar aus Profitgier. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, werden Zusammenrottungen Arbeitsloser durch solche Anzeigen herbeigeführt, dann muß es bei der begreiflichen Erregung der Genarrten zu Rawallen kommen, die für die Anstifter sehr unangenehm werden können, schließlich aber doch wieder nur auf dem Rücken der Arbeitslosen ausgegossen werden.

Wir warnen und fordern eindringlich von den behördlichen Stellen auf diesem Gebiete ungefümt Remedium zu schaffen.

Die ausgesperrten Karosseriearbeiter.

In einer Vollversammlung der ausgesperrten Karosseriearbeiter am Montag in den Sophienböden gab Herr Schiel vom Reichsarbeiterverband und Picht vom Holzarbeiterverband einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und den jetzigen Stand der Lohnbewegung. Sie führten den Versammelten noch einmal vor Augen, in welcher brutaler Weise die Karosserieunternehmer ihre „Wiederaufbaupläne“ durchzuführen suchten. Die Redner erwähnten die Verammelten, weiterhin geschlossen wie bisher zusammenzu-

treten, um die Hoffnungen der Unternehmer, die Aussperrten würden bei einer längeren Aussperrung um Arbeit bitten, zu zerbrechen. Es hat den Anschein, daß es die Unternehmer auf einen längeren Kampf angelegt haben, um den Arbeitern Verschlechterungen des Manteltarifes aufzuzwingen. Sollten die Unternehmer den Schiedsspruch, für den die Erklärungsfrist am Mittwoch abläuft, ablehnen, so wird sofort die Verbindlichkeitsklärung beantragt werden. Für die noch Unorganisierten gilt es aber, aus diesem von den Unternehmern vom Jaun gebrochenen Kampf den notwendigen Schluß zu ziehen und sich alleamt der zuständigen Organisation anzuschließen, damit auch künftige Angriffe der Unternehmer an der Geschlossenheit der Arbeiterschaft scheitern. Die sehr sachliche Diskussion zeigte, daß der Kampfesmut der 1500 Aussperrten nach wie vor ungebrochen ist. Die Arbeiterschaft der Karosseriebranche ist kampferprobt genug, um auch einen Kampf von längerer Dauer zu bestehen. Zum Schluß fand folgende Entschlieung einstimmige Annahme: Die ausgesperrten Karosseriearbeiter geloben nach Beendigung alles daran zu sehen, um auch den letzten Unorganisierten oder Andersorganisierten den freien Gewerkschaften zuzuführen, um die nächsten Kämpfe siegreich bestehen zu können.

Wie die Reichsbahn abbaut.

Von den Arbeitern der Betriebswerkstatt Potsdamer Bahnhof sollten 17, darunter sechs Handwerker, abgebaut werden. Auf der Abbauliste standen auch zwei Schlosser, die dem aus sieben Personen bestehenden Betriebsrat angehören. Die Verwaltung — wohlwollend wie sie in der Öffentlichkeit scheinen möchte — erklärte, sie bedaure ja die Entlassung im allgemeinen und den Abbau der beiden Betriebsratsmitglieder im besonderen, aber diese beiden seien wegen längerer Krankheit die unproduktivsten Arbeiter der Werkstatt, jedoch wolle man ihnen entgegenkommen und sie nach der Hauptwerkstatt in Tempelhof versetzen, wo sie leichtere Arbeit hätten, die sie trotz ihrer durch die Krankheit veränderten Arbeitskraft leisten könnten. Die beiden Schlosser hielten aber diese Absicht der Verwaltung keineswegs für ein Entgegenkommen und der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung zur Entlassung bzw. Versetzung seiner Mitglieder.

Die Verwaltung beantragte nun bei der Eisenbahnkammer des Gewerbegerichts die Erteilung der vom Betriebsrat verweigerten Zustimmung. In der Verhandlung betonten die beiden zur Verlegung ausersehenen Schlosser G. und Sch., daß durch die Versetzung die Entlassung nur hinausgeschoben werde, denn wenn sie nach Tempelhof kämen, seien sie ja nicht mehr Mitglieder des Betriebsrats und würden dann bei dem nächsten Abbau sicher entlassen werden. Weiterhin sei es nicht richtig, daß sie in Tempelhof leichtere Arbeit zu verrichten hätten, denn Schlosserarbeit sei natürlich in der Hauptwerkstatt nicht leichter wie in der Betriebswerkstatt. Was den Krankheitszustand betrifft, der für den Abbau mitbestimmend sein solle, so erklärte Sch., er habe zwar kürzlich eine längere Nervenerkrankung, eine Folge der Leiden des Krieges, durchgemacht, er sei aber jetzt wieder hergestellt und arbeitsfähig. G. führte aus, er sei als Kriegsbeschädigter mit 30 Proz. Erwerbsbeschränkung vor einigen Jahren in den Dienst der Eisenbahn getreten, er habe trotzdem jahrelang im schweren Außendienst ebenso gearbeitet wie ein Kollarbeitsfähiger. Dann sei er nach der Werkstatt Potsdamer Bahnhof versetzt worden, wo er sich in dem meist mit starkem Rauch angefüllten Maschinenchuppen die Krankheit zugezogen habe, an der er jetzt noch behandelt werde, die aber durch das Heilverfahren voraussichtlich behoben werde. Da der Maschinenchuppen infolge fortgesetzter Verstellungen des Betriebsrats jetzt ventilierter sei, befürchte er keine Wiederkehr der Krankheit. Also sei dieser Grund für den Abbau hinlänglich.

Der Vertreter des Einheitsverbandes der Eisenbahner beauftragte die Abbaupraxis der Eisenbahnverwaltung, indem er sagte, trotz andauernden starken Abbaues im Laufe dieses Jahres sei der Personalbestand der Reichsbahn gegenwärtig nicht geringer als zu Anfang dieses Jahres. Ein Beweis, daß der Abbau nicht erfolge, um das Personal zu vermindern, sondern um eine Umschichtung vorzunehmen, derart, daß mißliebige Arbeiter entlassen und andere dafür eingestellt werden. Was die Entlassung von Betriebsratsmitgliedern betreffe, so habe jeder Arbeiter die Ueberzeugung, daß solche Entlassungen erfolgen, weil die Betroffenen mit Entschiedenheit für die Interessen der Arbeiter eingetreten seien.

Das Gericht erzielte die Zustimmung zur Versetzung des Schlossers G., weil dieser infolge längerer Krankheit wenig produktiv und erst kurze Zeit Mitglied des Betriebsrats sei. Bezüglich des Schlossers Sch. wurde die Zustimmung verweigert, weil er seit der Beendigung seiner Krankheit ununterbrochen arbeite und seit mehreren Jahren dem Betriebsrat angehöre.

Gauleiterkonferenz der Fabrikarbeiter.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes hatte zum 17. und 18. Dezember die geschäftsführenden Gauleiter nach Hannover zusammengerufen, um in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand und den Zentralbranchenleitern über die Schwierigkeiten zu beraten, die infolge der verschlechterten Wirtschaftslage für die Führung der Verbandsgeschäfte entstanden sind. Die Leitung der Konferenz lag an Stelle des erkrankten Verbandsvorsitzenden Brey in Händen des Vorsitzenden Thiemigs, der unter Beifall aller Teilnehmer den Wunsch und die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung des berühmten Führers der Organisation aus sprach. Der Verbandssekretär Parfisch, der mit seinem Kollegen Großmann die Abteilung „Lohn- und Tarifbewegung“ führt, gab einen allgemeinen Ueberblick über den Verlauf der Lohnbewegungen und umriß in großen Zügen ein Bild der ungünstigen Wirtschaftslage. Scharfe Kritik fand die Absicht der Unternehmer, die ungünstige Wirtschaftslage zum Abbau der Löhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu benutzen. Es kam zum Ausdruck, daß

den Lohnabbauversuchen schärfster Widerstand entgegenzusetzen

sei. Dieser Wille fand seine Befräftigung in den Darlegungen des Verbandsleiters Köhlers über die finanzielle Lage des Verbandes. Sehr wichtig, — nicht nur für die Mitglieder des Verbandes und der Gewerkschaften, sondern für alle Kreise, die dem Wirkungserfolg der Gewerkschaften auf das soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart Aufmerksamkeit widmen, — ist die Tatsache, daß der Fabrikarbeiterverband im Laufe dieses Jahres nahezu 2 1/2 Millionen Mark Sireit- und Gemahregelienunterstützung gezahlt hat und daß die Höhe der geleisteten Erwerbslosenunterstützungen am Jahreschluss kaum weniger als 2 Millionen Mark betragen werde. Diese Zahlen geben einen deutlichen Rohstab für die Energie, mit welcher der Verband den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder führt und sie bei Erwerbslosigkeit vor dem Hinabgleiten in das Elend zu bewahren sucht.

Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen beschäftigte sich mit dem vor einigen Wochen zu Ende gegangenen Lohnkampf in der heimischen Großindustrie Süddeutschlands. Die aus allen Teiles des Reiches zusammengekommenen Gauleiter betonten die allgemeine günstige Auswirkung dieses Großkampfes auf die stärksten deutschen Kapitalgruppen für den Verband. Besonders hat sich diese günstige Wirkung in der organisatorischen Stärkung des Verbandes in jenen Wirtschaftsbereichen gezeigt, die der Schaulplatz der Kämpfe waren. Einige innerorganisatorische Mängel wurden einer sachlichen Kritik unterzogen. Bei den Auseinandersetzungen zeigte sich, daß Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art nicht vorhanden waren. Es kam zur allgemeinen Wunsch nach besserem und leichterem Ineinandergreifen einiger Organisationsstellen zum Ausdruck. Ein aus der Mitte der Konferenz gestellter Antrag, die gewerkschaftlichen Werbemethoden in den Großbetrieben einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, brachte eine lobhafte Aus sprache. Er wurde zugunsten einer vom Vorstandeslich vorgeschlagenen Billenserklärung, die der Absicht des Antrages Rechnung trug, zurückgezogen.

Weiter nahm die Konferenz Kenntnis von den Verhandlungen, die mit dem Porzellan- und dem Glasarbeiterverbande zwecks Gründung eines Unterverbandes der Keramikarbeiter innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes geführt worden sind. Die Gauleiterkonferenz begrüßte den erfreulichen Fortgang der Verhandlungen und spricht die Hoffnung aus, daß der Abschluss der Verhandlungen zur Verschmelzung führen möge. Damit wäre ein weiterer Schritt zur inneren und äußeren Kräftigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung getan.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Reuter; Schriftföhrer: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleinert; Schriftföhrer: R. J. Föhrer; Sozialer und Sozialer: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlage: Sorowis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sorowis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

Auf Teilzahlung

Herren- & Damen **Garderobe**

Möbel aller Art

Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten, Geringe Wochen- od. Monatsraten

Antel, Gr. Frankfurter Str. 34

Strausberger Platz

Gegründet 1901

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93

neuen Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-12 u. 4-6 Uhr

Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbetten gleich in Pre. Kat. 650 fr., Eisenmöbel, Suhl Thür.

*

LIKÖRE

Arrak / Rum / Weinbrände / Mosel-, Rhein-, Bordeaux- u. Südweine

Wilh. Hoeck

Likörfabrik und Weingroßhandlung
Charlfbg., Wilmersdorfer Straße 149

*

Bares Geld

ist dieses Inserat.

5% Rabatt

erhält jed. Käufer geg. Vorzeigung dieses.

Gratis

erhält jed. 30. Käufer geg. Vorzeigung dieses

1 Flasche Likör nach Wahl.

Preise (einschl. Steuer):

Weinbrände . . .	Fl. 4.— M.	2.90 M.
Weinbrand-Verschmitt . . .	Fl. 2.20 M.	
Korn	Fl. 2.— M.	
Rum	Fl. 2.75 M.	

Liebestrank

der beste Edellikör. Fl. 3.10 M.

Alle Sorten Liköre, Fruchtweine, Fruchtsekte, div. Weine zu außerordentlich Preisen

Jos. Sundermann & Co.

Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 63

Tel. Stephan 1584.

Allerfeinste, garantiert reine

Naturbutter

Pless-Butter

Uebersall erhältlich.

Korbmöbel

eigener Heratellung in gediegenen Ausführungen kaufen Sie bei gr. Auswahl vor- teilhaft u. billig im

Spezial-Korbmöbelhaus

Edmund Voß

Neukölln, Heller Str. 14, Nähe Hermannplatz.

Tel.: Neukölln 2234, Zahlungs erleichterung.

Auf Teilzahlung!

Herren- & Burschen-Garderobe!

Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, 1

am Hochbahnhof Nordring.

Auf Teilzahlung!

Herren- und Damen-Garderobe

fertig und nach Maß

Herren-Anzüge	Damen-Mäntel
Paletots	Kostüme, Kleider
Gummimäntel	Blusen, Röcke

Kleinste Anzahlung • Gerligste Abzahlung

Waren-Kredithaus „Groß-Berlin“

Neukölln, Berliner Straße 107, 1. Etage

Eckhaus Hermannplatz

Ware wird bei Anzahlung sofort ausgehändigt.



SCHWEIZER-MUSIKHAUS

liefert **Qualitätsmusik** diskret auf **Teilzahlung**

Resonanzlager in Musikinstrumenten erster Marken — Eigenes Reparatur-Werkstätten

Verkaufsstellen

Potsd. Str. 57, Brunnenstraße 35 Grönuauer Straße 3, Reinhold- bauerer Str. 117, Schön- bauerer Allee 130	Weissenhof, Berliner Allee 21 Wilmersdorf, Berliner Str. 135 Zentrale, Reichardtstr. 19 Feintriebstraße
--	--

Am Weihnachtsbaum —

erhält's das Festes Pracht hat Fabrikate man von Wollburg mitgedacht!

Mäntel in Glockenform	von 29 ⁰⁰
anz. Seid. Plüsch, Silberette und Bretschwanz	69 ⁰⁰
Kleider neuester Mode, für Tans und Tee, von	18 ⁰⁰
Kleider aus Samt und Seide	von 28 ⁰⁰

Wir gew. Ihnen **Zahlungserleichterung** auf Wunsch nach unserem bewährten O. W. System: 1/3 Anzahlung, Rest Raten nach Vereinbarung.

Gratis erhält jeder Käufer:

Beim Einkauf von 25.— M.	— 1 Bluse
Beim Einkauf von 35.— M.	— 2 m Stoff
Beim Einkauf von 45.— M.	— 1 Wollkleid

Extra-Abteilung für Trauerbekleidungs

Oskar Wollburg

BERLIN N+BRUNNENSTR. 56 u. 57